

**Niederschrift über die Sitzung des
Sozialausschusses am 3. Mai 2021**

im Bürgerzentrum Waiblingen, Ghibellinensaal, An der Talaue 4 in 71334 Waiblingen

Öffentlich

Anwesend:

Der Vorsitzende: Landrat Dr. Sigel

Anwesende Ausschussmitglieder: Dr. von Pollern, Reingruber, Scheurer (bis 16:56 Uhr) (CDU)

Bühler, Dr. Scherer (Freie Wähler)

Messinger, Dr. Rebmann, Schwarz (Grüne)

Bauer, Kelemen (bis 17:45 Uhr), Rentschler (SPD)

Goll (FDP-FW)

Kral, Malcher (bis 18:00 Uhr) (AfD)

Wilhelm (Wilhelm/
Klinghoffer)

Teilnahme ohne persönliche Anwesenheit: Dr. Ketterer, Holzwarth (stv.) (CDU)

Knödler, Müller, Sailer (Freie Wähler)

Fazio (Grüne)

Faure (SPD)

Payr (FDP-FW)

Köngeter (Die Linke/ÖDP)

Entschuldigte Ausschussmitglieder: Schaal (CDU)

Ferner:

Sozialerfahrene Bürger

Herr Schäfer, Finanzdezernent

Frau Böhm, Dezernentin Jugend, Soziales und Bildung

Polizeivizepräsident Reubold, Polizeipräsidium Aalen (TOP 2)

Vertreterinnen des Frauenhauses Rems-Murr (TOP 3)

Herr Noller, Kommunaler Behindertenbeauftragter (TOP 4)

Herr Leonhardt, Leiter Amt für Soziales und Teilhabe

Frau Haug von Schnakenburg, Sozialplanung

Weitere Mitarbeiter/innen

Presse

Die Schriftführerin: Diana Kalantidis

Beginn der öffentlichen Sitzung: 14:30 Uhr

Ende der öffentlichen Sitzung: 17:55 Uhr



Vor Eintritt in die Tagesordnung teilt Landrat Dr. Sigel mit, dass er den Tagesordnungspunkt 7 „Schuldnerberatung – Externe Vergabe“, von der Tagesordnung nehmen werde. Es sind Signale, vor allem von der Stadt Winnenden, bei ihm angekommen, dass es hierzu noch Redebedarf gibt.

Außerdem weist er darauf hin, dass Beschlüsse, wenn vorhanden, getrennt online und in Präsenz gefasst werden.

§ 1

Corona-Krise, Aktuelles

Drucksache 2020/094

Landrat Dr. Sigel merkt an, dass er keine Prognose abgeben möchte, weist aber darauf hin, dass der Landkreis beim Impfen gut vorankommt und sich daher eine Perspektive zeigt. Er betont die enorme Herausforderung des Sozialbereiches und lobt Frau Böhm und ihre Mannschaft für ihren Einsatz. Dabei stellt er heraus, dass die Aufgaben trotz Belastung nicht gelitten haben. Er bittet Herrn Leonhardt auf die Punkte der Vorlage einzugehen.

Herr Leonhardt verweist auf 400 Tage Corona-Krise und stellt dabei aber fest, dass im Jahr 2020 gute Grundlagen geschaffen wurden, auf die im Jahr 2021 aufgebaut werden konnten. Er erklärt, dass es im letzten Jahr wesentlich war die Netzwerkstruktur zu erhalten, beispielsweise in der Eingliederungshilfe. In den meisten Fällen wurden, trotz Leistungsstörungen oder alternativ erbrachter Leistungen Vergütungen weitergezahlt. Er merkt an, dass sich Corona maßgeblich auf die „Kundschaft“ auswirkt, weil die persönlichen Beratungsleistungen weiterhin sehr eingeschränkt sind. Der Versuch, dies auf alternative Wege zu verlagern geht in manchen Bereichen sehr gut, in anderen, beispielsweise bei Menschen mit Behinderung oder mit pflegebedürftigen Personenkreisen, stößt man immer wieder auf technische Hindernisse. Herr Leonhardt betont die Beeinflussung der Verwaltung durch die Pandemie, da Nachbesetzung nicht so schnell möglich waren, wie gewohnt und es pandemiebedingte Ausfälle gab. Zudem sind einige Mitarbeitenden im aktiven Corona-Einsatz beispielsweise aus dem Bereich Pflegestützpunkt. Er verweist auf die Darlegung der Punkte und die finanziellen Folgen des Einsatzes des Pflegestützpunktes in der Vorlage. Diese Vorgehensweise bedingt Einnahmeausfälle, da die Mitarbeitenden „zweckentfremdet“ eingesetzt werden. Weitere Folgen sind coronabedingte Mehraufwendungen in der Eingliederungshilfe und in der Wohnungslosenhilfe, da in diesen Bereichen individuelle zeitlich befristete Vereinbarungen getroffen wurden.

Herr Leonhardt erklärt, dass es Finanzierungstöpsfe des Landes gibt, aktuell 14 Millionen Euro, die zu verteilen sind und einen corona-Teilhabefonds des Bundes für besonders betroffene Einrichtungsträger.

Er geht anschließend noch auf die Klage der Diakonie Stetten (Punkt 2.2.4.2 in der DS) ein, die als einzige vorliegt und einen vergangenen Zeitraum betrifft und in der es zum jetzigen Zeitpunkt keine Einigung gibt. Sie betrifft eine rechtliche Auslegung eines Sonderparagrafen, ein Sonderaufforderungsrecht in einer gebundenen Laufzeit, das nicht auf Verhandlungsebene geklärt werden konnte. Im Moment befindet sich der Rems-Murr-Kreis in einem laufenden Verfahren, weshalb Herr Leonhardt nicht auf Details eingehen kann.

Abschließend verweist Herr Leonhardt auf die aktiven Handlungen des Rems-Murr-Kreises in Bezug auf die Corona Pandemie, auf die Vorreiterrolle bei Vertragsabschlüssen und bei der Erhaltung der Systeme. Ebenso äußert er die Hoffnung durch die Maßnahmen, wie beispielsweise die Impfstrategie, bald gut aus der Corona Krise heraus zu kommen.

Landrat Dr. Sigel bedankt sich bei Herrn Leonhardt für den Vortrag und äußert sich ebenfalls zum Status Quo der Diakonie Stetten. Er verweist auf den andauernden Austausch und erklärt, dass es sich um einen Zeitraum handelt, in dem es Mehrkosten gab, aber keine Regelungen wer welchen Anteil übernimmt. Ebenso betont er die enge Abstimmung mit der KVJS (Kommunalverband für Jugend und Soziales Baden-Württemberg) um auf einer Linie zu sein, an der sich andere Landkreise gegebenenfalls orientieren können. Abschließend hebt der Landrat die gute Zusammenarbeit vor und während der Krise hervor, die unter dem Verfahren nicht gelitten hat und nicht leidet, trotz allem muss die Kostenfrage geklärt werden.

Im nachfolgenden verweist Herr Dr. Sigel auf die Herausforderungen im Landratsamt, die mit der dritten Welle einhergehen. Momentan unterstützen 67 Mitarbeiter in Vollzeit das Gesundheitsamt. Ebenso erklärt er die Supportleistungen der 160 Schnelltestzentren, die über die kreiseigene Software laufen und die Serviceleistungen der corona-Hotline. Er lobt die Mitarbeitenden, die nun fast ein Jahr im Dauereinsatz sind.

Kreisrat Bauer fordert auf eine gute Lösung das Verfahren mit der Diakonie Stetten zu finden, um die Partnerschaft unbeschadet weiterführen zu können.

Kreisrat Messinger bedankt sich für die Kooperation mit den sozialen Trägern und die gute Pflege des Netzwerks. Er spricht aus Erfahrung als Träger, dass das Landratsamt diese in vielen Themen, beispielsweise Testkonzepte, Testmaterial, Impfstrategie, in der Krise sehr gut unterstützt hat.



Landrat Dr. Sigel betont nochmals, dass dem Landkreis an einer guten Lösung gelegen ist und verweist auf die persönlichen Gespräche, die stattgefunden haben. Es geht um die Fragestellung in welcher Höhe Leistungen, die in Rechnung gestellt werden und in welcher Höhe sie anerkannt werden dürfen. Am Ende ist es eine rechtliche Frage, die gerichtlich geklärt werden muss. Herr Leonhardt ergänzt noch, dass wir der Standortlandkreis sind und damit rechtlich verpflichtet sind zu verhandeln, sind aber nicht in allen Fällen der Kostenträger.

Kreisrat von Pollern fragt nach der Verteilung der Impfdosen und nach der Entscheidung über das zweite Kreisimpfzentrum. Er überlegt, ob das mit dem Austausch des Postens des Ministerialdirektors zusammenhängt.

Herr Dr. Sigel erklärt, dass er keine Personalentscheidungen kommentiert. Er erläutert ein Ergebnis des Impfgipfels, dass es bei der kreisscharfen Verteilung der Impfdosen mehr Transparenz gibt, dass sie nämlich nach der Bevölkerungszahl verteilt werden sollen. Er betont die Vielfalt der Impfmöglichkeiten, sei es der Impftruck, die mobilen Impfteams oder auch das Kreisimpfzentrum. Er ergänzt, dass mehr Impfstoff zur Verfügung steht, beispielsweise 400 Flaschen vom Impfstoff Johnson und Johnson. Auf Grund der guten Zusammenarbeit mit beispielsweise der Kreisärzteschaft und der Struktur, die aufgebaut wurde, kann auf ein zweites Kreisimpfzentrum verzichtet werden. Zudem wird zusammen mit der IHK ein Modellprojekt entwickelt auch die kleinen und mittleren Unternehmen zusammen mitzunehmen. Hier könnte der Impftruck eine sehr gute Lösung, um in die Fläche zu kommen.

Kreisrätin Dr. Rebmann fragt nach der Verteilung des Impfstoffes Johnson und Johnson. Gerade weil dieser nur einmal verimpft werden muss.

Der Landrat erklärt, dass die Entscheidung die ärztliche Leitung des Impfzentrums fällt. Die Zielsetzung sind Einrichtungen, die man nur einmal besuchen muss. Nichtsdestotrotz muss der Impfstoff für die Zielgruppe passen. Damit schließt er den Punkt.

Der Sozialausschuss nimmt von der aktuellen Berichterstattung zu den Herausforderungen und Auswirkungen der Corona-Krise auf die Themenbereiche des Amtes für Soziales und Teilhabe Kenntnis.

§ 2

Vorstellung der polizeilichen Kriminalstatistik 2020 und der Kommunalen Kriminalprävention Drucksache 2021/082

Landrat Dr. Sigel begrüßt Herrn Reubold und bedankt sich für dessen Bereitschaft im Ausschuss Rede und Antwort zu stehen. Zudem geht er darauf ein, dass die Anfragen der AfD- und der SPD-Fraktionen, die vorab gestellt wurden soweit wie möglich in die Vorlage eingearbeitet wurden.

Herr Reubold, Polizeivizepräsident Polizeipräsidium Aalen, bedankt sich für die Einladung, die er gerne angenommen hat, um die Sachlage im Rems-Murr-Kreis darzustellen. Er weist darauf hin, dass der Bericht auch im Internet veröffentlicht wird. Ebenso betont er, dass die PKS (Polizeiliche Kriminal Statistik) kein exaktes Spiegelbild darstellt, sondern eine starke Annäherung der Realität ist. Zudem beeinflussen drei Faktoren diese Zahlen: Anzeigeverhalten der Bevölkerung, die Verfolgungsintensität der Polizei und Änderungen in der statistischen Erfassung. Dann präsentiert er die polizeiliche Kriminalstatistik 2020 und die Kommunale Kriminalprävention, die dem Original der Niederschrift beigelegt ist.

Der Landrat bedankt sich und lobt die gute Abstimmung zwischen den Ordnungsämtern im Ostalbkreis und im Rems-Murr-Kreis. Er wirft noch die Frage auf, ob in der Statistik ein hoher Anstieg der Umweltstraftaten in Zeiten von corona aufgefallen ist.

Kreisrat Bühler bedankt sich bei den Polizeibeamtinnen und -beamten für die Sicherheit, die sie den Bürgern bieten. Er erkennt erfreuliche Entwicklungen, unter anderem auch in der Aufklärungsquote. Bedenklich findet er die Zunahmen in den Bereichen Rauschgift, Umwelt und Sachbeschädigung, insbesondere das Thema Graffiti. Geradezu alarmierend sind, seiner Meinung nach, die Zunahmen bei den Sexualstraftaten und den Körperverletzungen. Hier ist Handlungsbedarf geboten, sagt er. Er bemerkt, die kleinen Zahlen bei den politisch motivierten Straftaten stellt jedoch fest, dass die Steigerungsraten hoch sind. Er vermutet, dass dies eine hausgemachte Entwicklung ist, da sich die rechten und die linken Gruppierungen gegenseitig hochschaukeln und alle Vorfälle zur Anzeige gebracht werden. Somit erscheinen diese in der Statistik ohne wirkliche Unterscheidung der Schwere des Vorfalles. Da die Ausschussmitglieder die gesamte Statistik zur Ansicht bekommen haben, möchte Herr Bühler noch das Thema Verkehr erwähnen. Dabei sind ihm zwei Punkte aufgefallen, der hohe Anteil der älteren Unfallverursacher und die starke Zunahme an Radunfällen. Er verweist

auf die Anregung seiner Fraktion den älteren Fahrzeuglenkerinnen und –lenkern einen Anreiz zu schaffen, indem sie den Führerschein in ein ÖPNV Ticket umtauschen. Beim Radverkehr merkt er die Verwendung der Wirtschaftswege als Radwege an und empfiehlt eine Weiterbildung der erwachsenen E-Biker, die ja auch vom Landkreis angeboten wird. Diese Nutzungskonflikte möchte er im Radkonzept aufgenommen wissen.

Kreisrätin Wilhelm schließt sich dem Dank an und zeigt ihre Betroffenheit zum Thema Enkeltrick und fragt nach Präventionsmaßnahmen bei den Kindern und Enkeln. Ebenso stört sie das Thema Graffiti und möchte zu diesem Thema die Aufklärungsrate wissen. Zudem erwähnt sie ihren Eindruck, dass eine Grundaggressivität besteht, die in der Pandemie zugenommen hat und fragt, ob sich dieser bei der Polizei auch bestätigt.

Kreisrat Kral bedankt sich ebenfalls und stellt in seiner Betrachtung fest, dass die extremistischen Taten stagnieren. Zudem fragt er, weshalb Straftaten die mit Hilfe des Internet begangen werden dem Wohnort des Betroffenen zugeordnet werden.

Herr Reubold bezieht sich kurz auf das Thema Verkehr, auch wenn dies einen anderen Ausschuss betrifft. In allen Verkehrsbereichen sind Rückgänge zu verzeichnen. Beim Stichwort Zweirad weist er auf einen ganz konkreten Schwerpunkt hin, wo es bei der Strecke Sulzbacher Steige, Vorderbüchelberg/Spiegelberg akuten Handlungsbedarf gibt. Da ist die Polizei mit der Gemeinde in Gespräche eingestiegen. Als weitere Schwerpunkte nennt er die Felder ebike und Pedelec, für die es Aktionen wie beispielsweise „sicher unterwegs mit dem Fahrrad“ durchgeführt werden. Beim Punkt „Enkeltrick“ erklärt Herr Reubold, dass auf Zielgruppen, wie beispielsweise Bankbetreuer oder Taxifahrer, zugegangen wird, um über etwaige Straftaten aufzuklären oder diese zu verhindern. Als weiteren Tipp nennt er, den Enkel zurückzurufen, wenn sich dieser bei der Großmutter gemeldet haben sollte.

Als weiteres äußert sich Herr Reubold zur Zunahme der Grundaggressivität und weist darauf hin, dass dies ein weites Feld umspannt, unterstreicht diese These aber vollumfassend. Die Frage nach der Erfassung der Straftaten beantwortet er mit dem Verweis auf die bundesweiten Erfassungskriterien, in denen festgelegt wurde, dass die nicht zuordnen baren Straftaten beim Wohnort des Anzeigerstatters erfasst werden.

Landrat Dr. Sigel erwähnt die Aktion mit der Kreissparkassenstiftung, in der auf Bäckertüten ein Warnhinweis zum Thema Enkeltrick gedruckt war. Er stellt in Aussicht, dass diese Aktion



gegebenenfalls nochmal wiederholt wird, da sie großen Anklang gefunden hat. Er erklärt, dass es noch eine „Hausaufgabe“ gibt, einen Verkehrsübungsplatz im Rems-Murr-Kreis zu schaffen, um die Sicherheit beim Radfahren weiter ausbauen zu können. Außerdem lobt er die Polizei, die trotz corona die Fahrradprüfungen in der vierten Klasse durchgeführt hat.

Kreisrat Bühler bekräftigt seine Aussage über die Fortbildung der erwachsenen Radfahrer.

Kreisrätin Schwarz betont das Grundbedürfnis der Sicherheit und sieht es positiv, dass die Zahlen für Einbruch und Diebstahl zurückgegangen sind. Als erschreckend empfindet sie den Stand der sexuellen Straftaten. Sie warnt vor einem beschönigten Zeilenergebnis bei den politisch motivierten Taten, da nach ihrer Meinung nach die Bedrohung nicht wegzurechnen ist.

Kreisrat Bauer bedankt sich bei der Polizei für die getane Arbeit trotz oder wegen der corona Bedingungen. Er stellt die Frage in bezugnehmend auf das Ereignis in Stuttgart im Juni 2020, wie die aktuelle Lage bei der Zielgruppe „männliche Mitbürger im Alter von 16 bis 25 oft mit Migrationshintergrund“ aus dem Rems-Murr-Kreis im Moment ist. Und möchte wissen, ob für diese Gruppe etwas präventiv in die Wege geleitet wurde. Zum Thema corona-Querdenker möchte er wissen, weshalb der Rems-Murr-Kreis als Hochburg genannt wird.

Kreisrat Malcher gibt an, dass es keinerlei Unterlagen über die Straftaten der Linksextremen und fragt nach neuen Erkenntnissen. Zudem will er wissen, ob es einen Zusammenhang mit dem Rückgang der Straftaten im öffentlichen Bereich, beispielsweise Einbruch und Diebstahl in Bezug auf corona gibt. Und er bekundet Interesse daran zu wissen, wie linksextreme Straftaten, wie Morddrohungen und Angriffe auf die Person in der Statistik ausgewiesen werden.

Kreisrat Reingruber sieht die schwierige Aufgabe der Polizei im Umgang mit Demonstrationen und fragt, wie dies im Vorfeld mit der Ortspolizei abgestimmt wird.

Kreisrat von Pollern appelliert an die Städte und Gemeinden manche Demonstrationen abzusagen, um die Polizistinnen und Polizisten nicht den Gefahren auszusetzen und hohe Steuergelder zu sparen. Und er fordert ein höheres Bußgeld für die Lärmbelästigung von Motorradfahrerinnen und -fahrern.



Herr Reubold beantwortet die Frage, dass Straftaten welche unter Zuhilfenahme des Internets erfolgen am Wohnort des Anzeigerstatters erfasst werden. Er verweist auf darauf, dass bei Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung durch Präventionsarbeit ein deutlicher Schwerpunkt im PP Aalen gesetzt wird. Ein großes Feld ist das Unrechtsbewusstsein in den sozialen Medien. Zur Frage, ob es in Waiblingen eine rechte Hochburg gibt, kommt von ihm ein klares Nein. Es gibt keine Erkenntnisse, dass jugendliche Straftäter die in Stuttgart auffällig geworden sind, auch hier im Rems-Murr-Kreis tätig wurden. Er betont, dass Gewaltprävention ganzheitlich gesehen wird und nicht auf spezielle Gruppierungen abzielt. Den Zusammenhang zwischen den Zahlen und der Pandemie stuft er als schwierig ein, bestätigt aber, dass die Zahl der Einbrüche zurückgegangen ist. Schließlich erläutert er die Zusammenarbeit der Polizei mit der Versammlungsbehörde und erklärt, dass hier jeder Einzelfall gründlich geprüft wird.

Landrat Dr. Sigel ergänzt, dass bei den Behörden auf zwei Dinge besonders Wert gelegt wird, eine klare und harte Linie zu haben und vor Ort zu sein. Zusätzlich verweist er noch auf die Präventionsmaßnahmen, die vom Landkreis durchgeführt werden, von denen auf Grund corona einige leider nicht durchgeführt werden konnten.

Kreisrat Malcher hofft auf eine Lösung, Demonstrationen friedlicher ablaufen zu lassen, in dem man Demonstrierende und Gegendemonstranten zeitlich trennt.

Kreisrat Bauer hakt nach, ob es ein neues Konzept an Präventionsmaßnahmen für die Jugendlichen mit Migrationshintergrund gibt, in dem die neuen Erkenntnisse eingearbeitet wurden. Und möchte wissen, in wie weit unsere es unsere Sicherheit beeinflusst, dass der Verfassungsschutz Köpfe der Querdenker aus dem Rems-Murr-Kreis überwacht.

Herr Reubold erklärt, dass einzelne Personen der Querdenker schon seit Dezember vom Landesamt beobachtet werden. Auf Grund der Trennung vom Verfassungsschutz und der Polizei kann er keine genaueren Angaben machen. Er versichert aber, falls es konkrete Hinweise gibt, wird die Polizei eingebunden. In Bezug auf die Demonstrationen verweist er auf die Aufgabe der Polizei, den Schutz aller Versammlungen zu gewährleisten.

Herr Dr. Sigel bedankt sich bei Herrn Reubold und bietet an, da Thema Präventionsmaßnahmen im Jugendhilfeausschuss nochmal aufzugreifen.



Der Sozialausschuss nimmt den Bericht über die polizeiliche Kriminalstatistik 2020 und den Bericht der Kommunalen Kriminalprävention zur Kenntnis.

Der Sozialausschuss nimmt den Bericht über die polizeiliche Kriminalstatistik 2020 und den Bericht der Kommunalen Kriminalprävention zur Kenntnis.

§ 3

Berichterstattung Frauenhäuser

Drucksache 2021/091

Landrat Dr. Sigel erwähnt die Bedarfsanalyse von 2018 vom Institut für angewandte Sozialwissenschaften, in der der Rems-Murr-Kreis kein gutes Zeugnis ausgestellt bekommen hat und verweist auf die Maßnahmen die der Landkreis daraufhin ergriffen hat, um dem entgegen zu wirken.

Frau Lengeling betont die Notwendigkeit der Schutzräume für Frauen und die große Bereitschaft des Landkreises sich dieses Themas anzunehmen. Ergänzend präsentieren sie und eine weitere Mitarbeiterin vom Frauenhaus Rems-Murr den Status Quo im Rems-Murr-Kreis, der dem Original der Niederschrift beigelegt ist.

Frau Böhm ergänzt, dass der Rems-Murr-Kreis regelmäßig auf die Bedarfe vor Ort schaut und sich am runden Tisch gegen häusliche Gewalt zweimal im Jahr austauscht.

Kreisrat Reingruber verweist auf den Antrag der CDU Fraktion und stellt die Frage nach der Anschlussunterbringung der betroffenen Personen.

Frau Lengeling erklärt, dass sie dieses Problem schon seit Beginn ihrer Tätigkeit begleitet, dass der Wohnungsmarkt sehr eng und sehr teuer ist. Sie ergänzt, dass es wünschenswert wäre, wenn der Landkreis Wohnungen zur Verfügung stellt und nicht nur der Standort des Frauenhauses. Ihre Kollegin fügt noch hinzu, dass die Hälfte ausziehen könnte, wenn es eine Wohnung gäbe, da sie sich nicht mehr in einer akuten Gefährdungslage befinden.



Landrat Dr. Sigel verweist auf den sozialen Wohnungsbau, der zusammen mit der Kreisbau geschaffen wird, bestätigt aber die bleibende Herausforderung.

Kreisrätin Dr. Rebmann bringt ihre Freude über das neue größere Frauenhaus zum Ausdruck. Dennoch ist die empfohlene Quote des Europarates noch nicht erreicht. Sie empfiehlt ein weiteres Frauenhaus zu schaffen.

Kreisrat Bauer sieht die Situation auf Grund der corona-Lage mit Sorge. Er bittet den Landrat auf die Bürgermeister einzuwirken, angemessenen Wohnraum zu schaffen. Zudem fordert er im Herbst einen ausführlichen Bericht über die Ausmaße der sexualisierten Gewalt und der Annahme der Angebote.

Kreisrat Reingruber fragt, ob der Landkreis bei der Anschlussunterbringung unterstützen könnte, in dem die Kreisbau einzelne Wohnungen reserviert.

Kreisrätin Wilhelm möchte wissen, wie bereitwillig die Frauen ihr soziales Umfeld zu verlassen und wie und wie lange das Leben durch die Mitarbeitende des Frauenhauses mitgestaltet wird.

Landrat Dr. Sigel äußert sich zum Thema sozialen Wohnbau und betont, dass schon in 2017 zusammen mit der Kreisbau ein Programm für 500 bezahlbare Wohnungen aufgelegt wurde. Zudem wurde eine Bürgschaft für 40 weitere Wohnungen auf den Weg gebracht. Er merkt an, dass der Kreis nicht auf einen Schlag alle Problem beim bezahlbaren Wohnraum lösen kann, aber auf einem guten Weg ist und die Erwartungen nicht zu groß sein dürfen. Frau Böhm ergänzt, dass auch jetzt schon auf die Gefährdungslage der Frauen geachtet wird, wo sie untergebracht werden, was durchaus auch außerhalb des Kreises sein kann.

Frau Lengeling erläutert, dass es noch verschiedene Möglichkeiten gibt, indem beispielsweise Schutzwohnungen angeschafft werden. Dies ist aber am runden Tisch noch zu entwickeln und abzusprechen. Ihre Kollegin ergänzt, dass in ganz Baden-Württemberg die Kapazitäten erhöht wurden und dass eine Frau, die Hilfe braucht, diese auch bekommt. Frau Lengeling betont, dass sie keine Therapeutinnen sind, aber die Frauen in Not bestmöglich betreuen, auch wenn das in corona Zeiten schwierig ist.



Landrat Dr. Sigel nimmt sich das Thema Schutzwohnungen nochmal mit und möchte am Ende des Jahres Bilanz ziehen.

Die Mitarbeiterin des Frauenhauses verweist auf die Bereitschaft der Nachsorge, die Das Frauenhaus leistet und erzählt von den positiven Beispielen, die sie im Rahmen ihrer Tätigkeit erlebt hat.

Der Sozialausschuss nimmt von der aktuellen Berichterstattung zum Frauen- und Kinderschutzhause Kenntnis.

§ 4

Tätigkeitsbericht 2020 Kommunalen Behindertenbeauftragter

Drucksache 2021/079

Landrat Dr. Sigel wählt als einleitende Worte die Corona Situation, die auch für den kommunalen Behindertenbeauftragten, Herrn Noller neue Themen aufgeworfen hat, beispielsweise ein Impfzentrum barrierefrei zu gestalten.

Herr Noller erläutert die Drucksache anhand der Präsentation, die der Niederschrift beigelegt ist.

Kreisrat Messinger lobt den Umstand, dass es eine solche Stelle im Rems-Murr-Kreis gibt, um der Inklusion Rechnung zu tragen und bedankt sich bei Herrn Noller für seinen Einsatz.

Kreisrätin Wilhelm bestätigt diese Aussage und fragt nach der Bedeutung der Begrifflichkeiten „Paralympics“ und „Specialolympics“.

Kreisrätin Goll verweist auf die Wichtigkeit der Barrierefreiheit in Immobilien, die nicht nur Menschen mit Behinderung zu Gute kommen. Als ebenso wichtig erachtet sie die Barrierefreiheit im Internet, beispielsweise durch leichte Sprache. Zudem stellt sie die Frage, ob es eine organisierte Zusammenarbeit zwischen den Schwerbehindertenbeauftragten verschiedener Betriebe gibt.

Kreisrätin Dr. Rebmann merkt an, dass der Rems-Murr-Kreis mehr Schüler in Sondereinrichtungen unterbringen, als über Inklusion und möchte wissen, welche Pläne es in diesem Bereich gibt.

Herr Noller erklärt, dass die „Paralympics“ die „Olympischen Spiele“ für Menschen mit Körperbehinderung sind und die „Specialolympics“ die „Olympischen Spiele“ für Menschen mit kognitiven Einschränkungen, also geistiger Behinderung, sind. Dann erläutert er, das „Host Town Programm“, Gastgeberprogramm bedeutet, und der Landkreis, vor den Specialolympics Spielen in Berlin 2023, eine Delegation von Menschen für ein paar Tage Unterkunft, Trainingsmöglichkeiten und Erlebnisse auf Basis der Inklusion anbieten möchte um sich hier auf die Wettkämpfe vorbereiten zu können. Zum Thema Schwerbehindertenvertretung merkt er an, dass diese Aufgabe nicht zu seinem Arbeitsgebiet gehört. Allerdings gibt es einen Austausch auf Informationsebene. Er verweist auch auf geplante Schulungen, die durchgeführt werden, damit der Landkreis mehr Menschen mit Schwerbehinderung beschäftigen kann. Die Frage der großen Nachfrage der SBBZs beantwortet er damit, dass die Eltern natürlich die beste Förderung für ihr Kind möchten, und die gibt es aktuell nur in den SBBZ. Allerdings merkt er an, dass eine Zukunftsaufgabe auch im Rems-Murr-Kreis darin besteht, dass Kinder mit Behinderung auch in „normalen Schulen“ eine ebenso gute Förderung erhalten können wie in den SBBZ. Nur so ist zu erreichen, dass Menschen mit Behinderungen inklusiv in er Mitte unserer Gesellschaft, in Sinne der UN-Behindertenrechtskonvention, leben können und nicht auf „Sondereinrichtungen“ angewiesen sind.

Der Sozialausschuss nimmt den Bericht des Kommunalen Beauftragten für Menschen mit Behinderung für das Jahr 2020 zur Kenntnis.

§ 5

Bildung- und Teilhabepaket, Sachstandsbericht

Drucksache 2021/092

Landrat Dr. Sigel zeigt das große Netzwerk auf, das bei diesem Thema ineinandergreift, beispielsweise enthält die Vesperdose, die alle Grundschüler bei der Einschulung von der AWRM bekommen, sämtliche erforderlichen Unterlagen zum Bildungs- und Teilhabepaket.

Kreisrätin Goll bestätigt, dass die Teilhabequote vom Rems-Murr-Kreis sehr gut im Vergleich zum Land ist, bemerkt aber, dass andere Kreise viel besser dastehen. Sie fragt, welche Gründe es dafür gibt, dass diese in Nordfriesland besser ist und bittet darum, dort nachzuhaken

Herr Leonhardt erklärt, dass wir in Baden-Württemberg sehr gut aufgestellt sind und den Personenkreis mit der Bildungskarte sehr gut erreichen. Außerdem verweist er auf die Initiative „Allianz gegen Kinderarmut“, die versucht niederschwellig die betroffenen Kinder beispielsweise über moderne Medien zu erreichen.

Kreisrat Messinger lobt die getane Arbeit im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepakets. Außerdem möchte er wissen ob und wie sich der Nichtbesuch der Schule wegen Corona bei den Kindern auswirkt und was ad hoc dagegen getan wird.

Herr Leonhardt klärt auf, dass viele mögliche Leistungen die notwendig wären nicht erbracht werden können, weil es die Corona-Situation nicht zulässt. Daher greifen viele dieser Maßnahmen nicht in dem gewünschten Maße.

Kreisrat Messinger erwähnt noch die Unterstützung für einen digitalen Zugang zur Schule bei den Kindern, bei denen die Eltern überfordert sind. Und fragt, was bei diesem Thema getan wird.

Frau Böhm erläutert den Leistungskatalog des Pakets und erklärt, dass durch Corona viel, wie Klassenfahrten oder Vereinsbeiträge, nicht abgerufen werden kann. Sie erwartet aber einen hohen Bedarf an Lernförderung.

Landrat Dr. Sigel ergänzt noch die Zusammenarbeit mit dem Kreismedienzentrum, im Zuge dessen bei den Grundschulen ipads zur Verfügung gestellt wurden.

Kreisrat Messinger fragt, ob die Mittel, die fürs Schullandheim vorgesehen waren, verschoben werden können.

Frau Böhm erklärt, dass sie ganz konkret auf Bedarfe reagieren können, da der Bund die geforderten Mittel erstattet.

Der Sozialausschuss nimmt vom Sachstandsbericht zum Bildungs- und Teilhabepaket im Rems-Murr-Kreis Kenntnis.



§ 6

Bundesteilhabegesetz (BTHG) - Aktuelles

Drucksache 2021/093

Landrat Dr. Sigel verweist auf den neuen Landesrahmenvertrag und die daraus resultierenden Verhandlungen neuer Leistungs- und Entgeltvereinbarungen. Er lobt zudem die Expertise des Landratsamtes.

Es werden keine Fragen aus dem Gremium gestellt.

Der Sozialausschuss nimmt von der Berichterstattung zum aktuellen Stand der Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes Kenntnis.

§ 7

Schuldnerberatung - Externe Vergabe

Drucksache 2021/090

Dieser Tagesordnungspunkt wurde vertagt.

§ 8

Verschiedenes

Unter dem Tagesordnungspunkt „Verschiedenes“ erfolgten keine Wortmeldungen.



Zur Beurkundung!

Der Vorsitzende:

Die Schriftführerin:

gez.

gez.

Dr. Richard Sigel

Barbara Wilbs